

619/J

ANFRAGE

der Abgeordneten Haidlmayr, Freundinnen und Freunde an den Bundesminister für Arbeit und

Soziales betreffend hohe Selbstbehalte bei Zahnersatz

Bei der derzeitigen Diskussion um die direkte Beteiligung der Versicherten und deren Angehörigen an den Krankheitskosten (Kostenbeteiligung, Selbstbehalt) wird vergessen, daß es im Bereich der Krankenversicherung bereits jetzt eine Vielzahl an Formen des Selbstbehaltes oder der Kostenbeteiligung gibt.

Besonders hoch ist der Selbstbehalt beim Zahnersatz. Seit 1. März 1995 leistet die Krankenkasse für Zahnkronen keinen Beitrag mehr. Die oberösterreichische Gebietskrankenkassa hat für 1995 die Summe der Selbstbehalte für Zahnersatz und Kieferregulierung mit 360.000.000,- hochgerechnet.

Ein empirischer Vergleich von Selbstbeteiligungsregelungen im Gesundheitswesen von verschiedenen Ländern kam zu dem Ergebnis, daß die Selbstbeteiligungsbelastung die zahnärztliche Ausgabenquote belastet: *'Die Länder, die über ein hohes Zuzahlungsniveau verfügen, weisen erneut eine überdurchschnittliche Ausgabenquote auf. Dagegen existiert in jenen Ländern, in denen die Versicherten eine niedrige Eigenbeteiligung an den Kosten der zahnmedizinischen Versorgung zu tragen haben, eine geringe Ausgabenquote.'* (Quelle: Ferdinand Rau: Selbstbeteiligungsregelungen im Gesundheitswesen. Konstanzer Schriften zur Sozialwissenschaft)

Österreich ist eines der Länder mit den höchsten Selbsthalten im Bereich Zahnersatz in Europa. Eine negative Folge davon ist der 'Zahntourismus', der viele PatientInnen ins benachbarte Ausland fährt, wo sie durch fehlende kontinuierliche Betreuung ein medizinisches Risiko eingehen.

Die unterfertigten Abgeordneten stellen daher folgende

ANFRAGE:

- 1) Durch eine Änderung des § 153 (3) ASVG, durch die es auch Ambulatorien der Krankenkassen ermöglicht werden könnte, festsetzenden Zahnersatz herzustellen, würde sich die Preissituation durch den entstehenden Wettbewerb entspannen. Werden Sie sich für eine derartige Änderung des ASVG einsetzen?
- 2) Wie stehen Sie generell zu einem Abbau der Eigenbeteiligung an den Kosten der zahnmedizinischen Versorgung, wodurch sich laut oben erwähnter Studie die Ausgaben im Gesundheitswesen sogar verringern würden?
- 3) Werden Sie sich dafür einsetzen, daß die Krankenkassen den Versicherten höhere Zuschüsse zu Brücken, Kronen, Implantaten und Zahnregulierungen bezahlen?